

Solidarische Renten- versicherung statt Flaschensammeln!

2,7 Prozent der Rentnerinnen und Rentner müssen schon heute ihre Rente mittels Grundsicherung im Alter »aufstocken«. »Nur« **2,7 Prozent**, sagt die Regierung, das sei doch nicht viel – sagen SPD und CDU/CSU. Doch. Das ist viel – und Jahr für Jahr werden es mehr. Seit 2003 hat sich die Zahl der Betroffenen mehr als verdoppelt. Die Dunkelziffer ist groß. Nur ein Drittel der Menschen, denen Sozialhilfe im Alter zusteht, nimmt diese auch in Anspruch. Viele tun dies nicht – aus Scham oder weil sie den bürokratischen Aufwand scheuen. Die Armutsforscherin Irene Becker zeigt: Insgesamt **1,6 Millionen** ältere Menschen hätten Anspruch auf die Grundsicherung im Alter. Zwei Drittel davon sind Frauen. Dazu kommt: Der sogenannte Grundsicherungsbedarf für Menschen ab 65 ist viel zu **niedrig** angesetzt. Er lag im Dezember 2016 bei insgesamt 804 Euro und damit weit unter der allgemein anerkannten **Armutsschwelle** der EU, die für Deutschland aktuell bei 1.033 Euro für einen alleinstehenden Menschen liegt. Das heißt: Jeder siebte Mann und jede fünfte Frau ab 65 sind arm. Das sind nicht 2,7 sondern 16,5 Prozent – und das ist in einem der reichsten Länder der Welt schlicht ein Skandal.

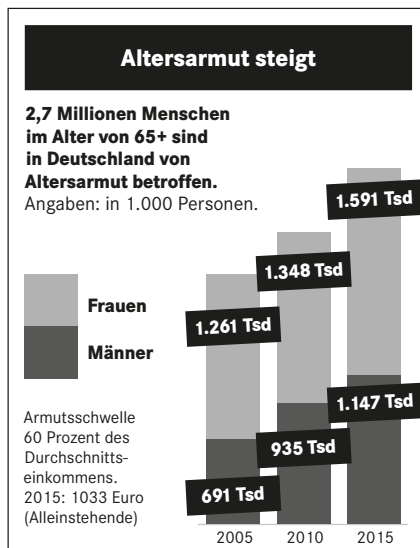
Absenkung des Rentenniveaus: Altersarmut vorprogrammiert

Eine ganz große Koalition aus SPD, Grünen, Union und FDP hat seit 2001 das Rentenniveau gesenkt. Es wurde behauptet, dass sich die Lücke in der gesetzlichen Rente durch die kapitalgedeckte Riester-Rente schließen lasse. Dieser Traum ist für die meisten Menschen mit der Finanzkrise und den anhaltend niedrigen Zinsen geplatzt.

Inzwischen reden alle vom Rentenniveau. SPD und Grüne versprechen seit Kurzem, dass sie es nicht weiter absenken wollen. Das heißt aber: Sie akzeptieren die Kürzungen der vergangenen 15 Jahre und schreiben sie fest. Und die Union will das Rentenniveau bis 2030 auf 44,5 Prozent oder gar auf 43 Prozent abrutschen lassen.

DIE LINKE streitet dafür,

- das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben (so wie im Jahr 2000),
- Rentenkürzungen – wie zum Beispiel die Rente erst ab 67 – abzuschaffen,
- langjährige Versicherungszeiten im Niedriglohnssektor aufzuwerten,
- eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro. Niedrigere Renten werden aus Steuergeldern auf diesen Betrag angehoben.



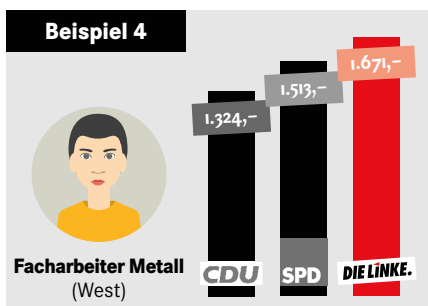
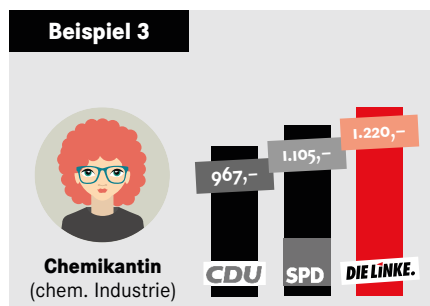
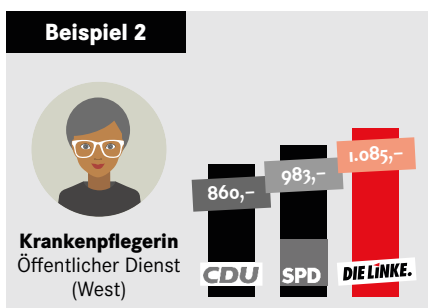
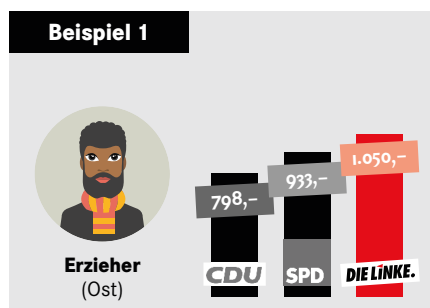
Niedriglohn und Erwerbslosigkeit als Armutsrisiko

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sagt: Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne sind die wesentlichen Ursachen für Altersarmut. Dennoch finden sich bei SPD und Union keine konkreten Vorschläge, Arbeitslosigkeit oder Niedriglohn rentenrechtlich auszugleichen.

DIE LINKE will die **Rentenbeiträge für Erwerblose erhöhen** und Zeiten im Niedriglohn in der Rente aufwerten.

- Der gesetzliche **Mindestlohn muss auf zwölf Euro** erhöht werden, damit es nach 45 Jahren für mehr als die Grundsicherung reicht.
- Hartz IV muss abgeschafft und durch eine sanktionsfreie und bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung von 1050 Euro netto ersetzt werden.

Die Rentenkonzepte im Vergleich



Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

